

N i e d e r s c h r i f t
über die 42. - öffentliche - Sitzung
des Petitionsausschusses
am 1. Oktober 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. Öffentliche Anhörung

Eingabe 01162/89/19

Vortrag und Darlegung des Anliegens durch den Petenten 3

Unterrichtung durch die Landesregierung..... 19

Aussprache 26

2. Besprechung von Verfahrensfragen

Eingabe 01300/89/19

Betr. Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens

Verfahrensfragen..... 39

Anwesend:

Mitglieder des Petitionsausschusses:

1. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Marten Gäde (SPD)
3. Abg. Gerd Hujahn (i. V. d. Abg. Antonia Hillberg) (SPD)
4. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Annette Schütze (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU)
8. Abg. Veronika Bode (CDU)
9. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
10. Abg. Christian Frölich (CDU)
11. Abg. Sina Maria Beckmann (GRÜNE)
12. Abg. Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE)
13. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Abg. Thordies Hanisch (SPD)

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Abg. Omid Najafi (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Diedrich,
Regierungsoberamtsrat Gutzler,
Regierungsrat Weigel.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 12:01 Uhr bis 13:35 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Öffentliche Anhörung

Eingabe 01162/89/19

Betr. Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen

Der Ausschuss führt zu der Eingabe eine öffentliche Anhörung durch. Angehört wird Thomas Lang, der Petent. Der Ausschuss hatte im öffentlichen Teil seiner 36. Sitzung am 27. August 2025 den Mitgliedern der Ausschüsse für Umwelt, Energie und Klimaschutz sowie für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung die Teilnahme an der Anhörung anheimgestellt und ihnen ein Rede- und Fragerecht gemäß § 94 Abs. 2 GO LT eingeräumt.

Vortrag und Darlegung des Anliegens durch den Petenten

Die Niederschrift gibt die Teile des Vortrags wieder, die inhaltlich über die Präsentationsgrafiken hinausgehen.

Thomas Lang (Petent): Ich möchte begreifbar machen, warum im Land Niedersachsen bereits zu viele Windkraftanlagen installiert wurden.



Das ist nicht ganz einfach, denn Strom kann man nicht schmecken, sehen und wegtragen.

Warum wir keine weiteren Windräder brauchen:



Warum wir **keine weiteren** Windräder brauchen

„Je mehr Anlagen gebaut werden, desto häufiger müssen sie abgeschaltet werden, weil bei Wind zu viel Strom vorhanden ist, den niemand abnehmen kann.“

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen 29.09.2025 2

Die Kernbotschaften:

Kernbotschaft meiner Petition

-  Keine Flächenjagd mehr - Energiewende ohne Naturverlust
-  Bedarfsgerechter Ausbau – mit Vernunft statt Verschwendung
- Ziel:** Energieversorgung ohne neue Schäden für Natur, Gesellschaft und Wirtschaft

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen 29.09.2025 3

Lassen Sie mich einige grundsätzliche Informationen vorab geben:

Grundsätzliche Vorabinformationen



Dass die Sonne nicht immer scheint, versteht jedermann. Durch die Regelmäßigkeit von Sonnenauf- und -untergang.



Der Wind hingegen weht nicht regelmäßig und vorhersehbar, sodass viele Menschen der Meinung sind „der Wind wehe immer“.



Allerdings stehen uns häufig auch beide gemeinsam zur gleichen Zeit zur Verfügung!

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen Bild Windsack von Herbert Aust - Pixabay 29.09.2025 4

Viele Mitbürger glauben, der Wind wehe immer, was zu dieser Folgerung führt:

Eine Studie von McKinsey & Company

Studie aus 01/2025

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen

Annahme

Folgerung

Unser aktueller Bedarf

Der Wind weht immer, wie viele Mitbürger glauben.

Bei heutiger installierter Leistung würden wir **643 TWh** im Jahr produzieren.

512 TWh im Jahr

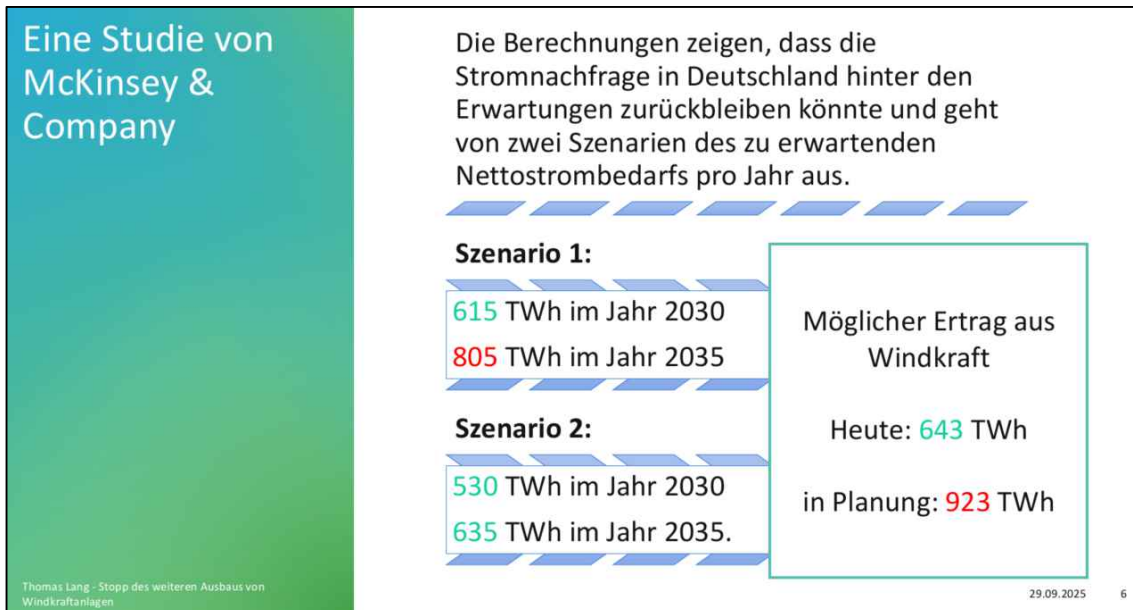
Weitere **280 TWh** geplante Leistung kämen hinzu.

Zusammen wären das **923 TWh** im Jahr

29.09.2025 5

Mit den heute installierten und geplanten Anlagen ergäbe sich aufgrund dieser Annahme, dass der Wind immer weht, eine Produktion von 923 TWh je Jahr, aber der aktuelle Jahresbedarf liegt nur bei der guten Hälfte, nämlich 512 TWh. Daran erkennt man, dass bereits heute zu viele Windkraftanlagen im Lande stehen.

Das ist zusammen mit einer Studie von McKinsey zur zukünftigen Stromnachfrage in Deutschland zu sehen, für die zwei Szenarien beschrieben werden:



Vergleicht man die beiden Szenarien mit der Stromerzeugung, wie sie heute mit den bestehenden bzw. in näherer Zukunft zusammen mit den bereits geplanten Anlagen zu erwarten ist, zeigt sich: Mit dem heute möglichen Ertrag von 643 TWh könnte der Bedarf für das Jahr 2030 in beiden Szenarien und auch der Bedarf im Jahr 2035 im Szenario 2 abgedeckt werden. Nimmt man die geplanten Anlagen hinzu, könnte sogar der Strombedarf des Jahres 2035 im Szenario 2 gedeckt werden, sogar mehr als das.

Kommen wir zur Energiewende:

Was bedeutet die Energiewende für uns?

- Seitdem wir Strom erzeugen können, wird nur so viel Strom erzeugt, wie wir maximal verbrauchen.
- Seit Beginn war es nicht notwendig Strom in größeren Mengen zu speichern.
- Dies ändert sich nun, da weder aus Sonne noch aus Wind produzierter Strom grundlastfähig (immer verfügbar) ist.

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen

29.09.2025 7

Was bedeutet die Energiewende für uns?

- Wasserkraftwerke und Bioenergie sind die einzigen grundlastfähigen Versorger, sobald wir die fossilen Energien ausschließen.
- Wasserkraft und Bioenergie machen nur 11,2 % unserer Stromproduktion im Jahr aus. D.h. ohne Speicher wird uns eine Umstellung nicht gelingen.
- Denn die Windenergie steht uns nur zu durchschnittlich 28,5% und die Sonnenenergie zu ca. 22,8% im Jahr zur Verfügung.

Rechnen wir diese erneuerbaren Energien zusammen:

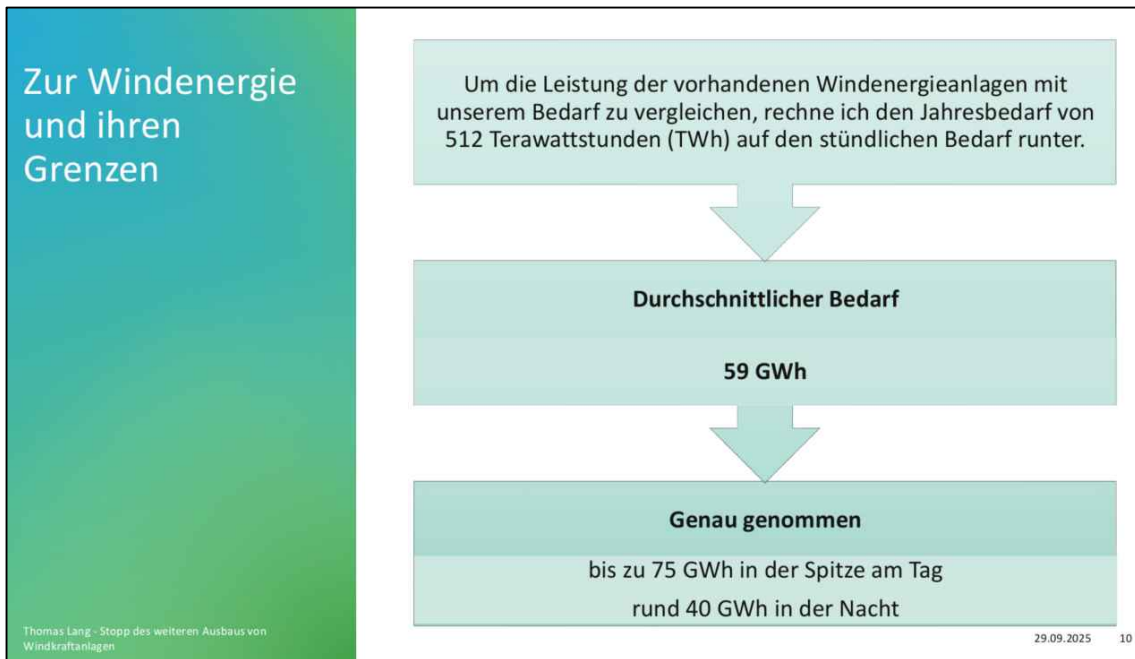
Was bedeutet die Energiewende für uns?

Windenergie	28,5%
Sonnenenergie	22,8%
Bioenergie und Wasserkraft	<u>11,2%</u>
Maximaler Ertrag	62,5%

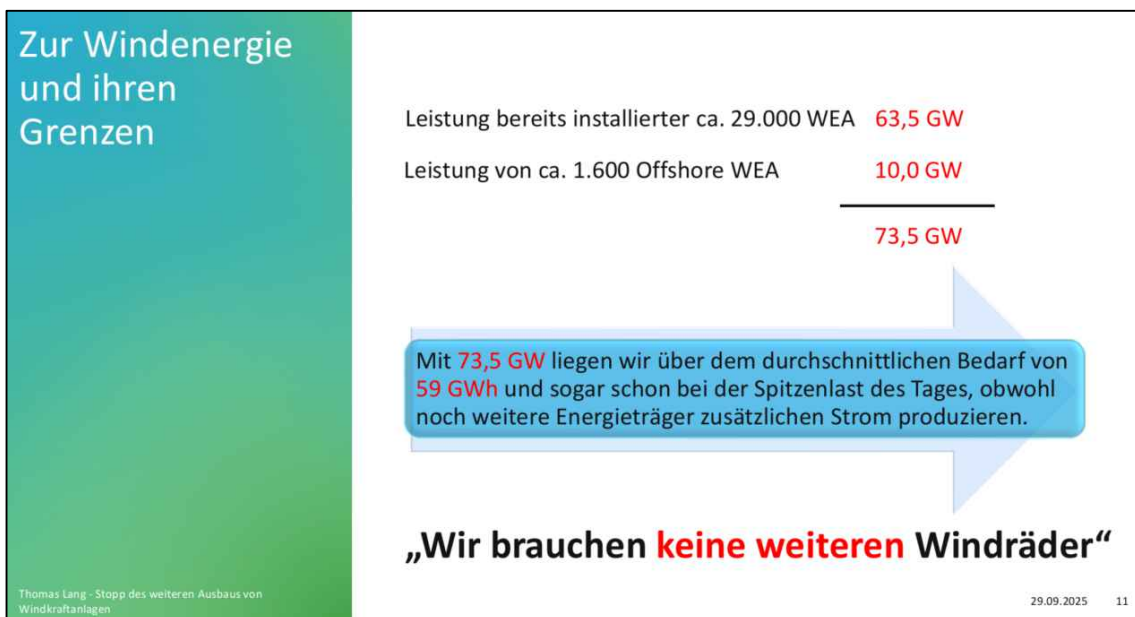
Folglich steht uns mindestens 37,5% des Jahres kein Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung, **zumal sich Wind und Sonne bei der Stromproduktion teilweise überschneiden.**

Da sich die Erzeugung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie nicht immer zeitlich ergänzen, sondern sich oft überschneiden, stünden letztendlich sogar für deutlich mehr als 40 % der Stunden eines Jahres kein Strom zur Verfügung, wenn man sich nur auf die Erneuerbaren stützen würde.

Zur Windenergie und ihren Grenzen:



Diesem zwischen 40 und 75 GWh schwankenden stündlichen Bedarf stelle ich nun die Erzeugungsleistung nur der bereits installierten Windkraftanlagen - und es gibt ja noch weitere Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien - gegenüber:



Man erkennt: Wir brauchen keine weiteren Windräder.

Ist das Potenzial der Windenergie bereits vollumfänglich ausgeschöpft?

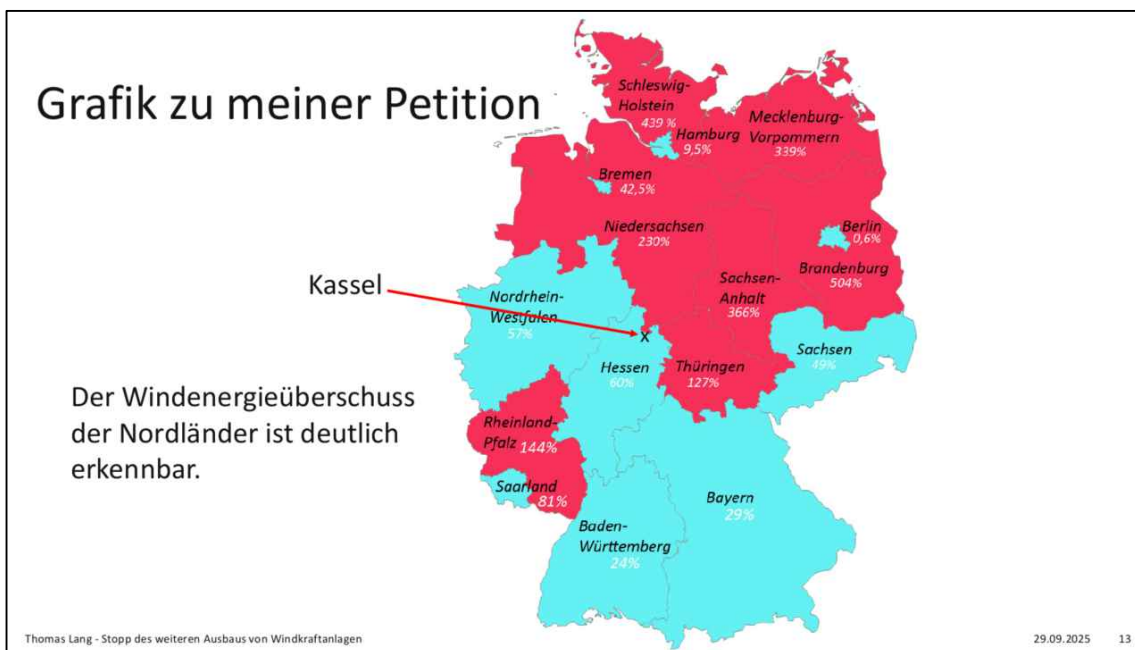
Zur Windenergie
und ihren
Grenzen

Haben wir die Windenergie jetzt vollumfänglich ausgeschöpft?

- Bis hierhin könnte man sagen, die Windenergie haben wir jetzt vollumfänglich ausgeschöpft, alles richtig gemacht.
- **Und dem ist leider nicht so:**
- Gut 68 % aller Windenergieanlagen stehen hier im Norden, also allen Bundesländern nördlich von Kassel und auf See.
- Diese nördlichen Bundesländer benötigen aber nur 1/3 des selbst produzierten Windstromes zu den Zeiten, in denen der Wind weht.

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen
29.09.2025 12


Das möchte ich mit einer Grafik, die auch Teil meiner Petition ist, verdeutlichen:



In der Karte ist dargestellt, inwieweit der Strombedarf eines Landes durch Windenergie gedeckt werden kann. Die rot dargestellten Länder produzieren mehr Windstrom, als sie verbrauchen; bei den hellblau dargestellten ist es umgekehrt.

Ein Beispiel: Für Mecklenburg-Vorpommern sind 339 % ausgewiesen, was bedeutet, dass die dortigen Windkraftanlagen den Verbrauch in diesem Land um mehr als das Dreifache abdecken. In Niedersachsen sind das 230 %, in Brandenburg sogar über 500 %.

Das bringt mich zu diesen Kernaussagen:



Die Kernpunkte bis hierhin

- Unser stündlicher Strombedarf liegt im Schnitt bei **59 GWh**.
- Wir haben bereits **63,5 GW** Leistung in WEA an Land installiert.
- Diese Leistung reicht bei Wind vollkommen aus.
- Leider stehen über 68% aller WEA in Norddeutschland und werden hier nur zu einem Drittel benötigt!

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen 29.09.2025 14

Neben den Windkraftanlagen an Land kommen weitere Erneuerbare hinzu:

Die Kernpunkte bis hierhin

Hinzu kommen

- 10 GW** in WEA auf See *Nur wenn der Wind weht*
- 9,6 GW** in Bioenergie
- 5,6 GW** in Wasserkraft
- 100 GW** in Photovoltaik *Nur wenn die Sonne scheint*

Als einzige grundlastfähig

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen 29.09.2025 15

Nur die beiden kleinsten Formen der Erzeugung von Strom durch erneuerbare Energien sind also grundlastfähig.

Unsere Probleme, was Stromleitungen und Speicher angeht:

Fehlende Stromtrassen und Speicher

- Unsere Stromtrassen sind noch nicht dazu ausgerichtet den erzeugten Strom im ganzen Land zu verteilen.
- Laut des Netzbetreibers Avacon Netz GmbH werden weitere ca. 8-12 Jahre benötigt, bis das Stromnetz diese Last tragen kann.

➔ Größere Strommengen werden durch Überproduktion unserer Erneuerbaren über bestehende Leitungen an das umliegende Ausland abgegeben.

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen

29.09.2025 16

Die Avacon hatte erst vor ungefähr zwei Wochen bei uns vor Bürgerinitiativen vorgetragen und dort auf die genannten acht bis zwölf Jahre hingewiesen.

Für die Stromspeicherung müssen wir Pumpspeicherkraftwerke, Großbatterien und Heimbatterien betrachten:

Fehlende Stromtrassen und Speicher

- Um unsere Stromversorgung nur auf Erneuerbare Energien abzustellen zu können, wie bis 2045 vorgesehen, bedarf es Speichertechnologien.
- Hierzu gibt es Pumpspeicherwerke mit einer installierten Leistung von 9,4 GW und einer Kapazität von ca. 24 GWh.


➔ Aufgrund der dicht besiedelten Landschaft werden weitere in Deutschland zukünftig kaum errichtet werden können.

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen

29.09.2025 17

Fehlende Stromtrassen und Speicher

- Großbatteriespeicher sind in Planung und im Bau.
- Die Gesamtkapazität aller in Deutschland befindlichen Batteriespeicher liegt z.Zt. Bei 22 GWh und bei einer Leistung von 15 GW.
- Von der Gesamtleistung entfallen gut 80% auf den Heimbereich, etwa 12% auf Großspeicher und knapp 7% auf kleinere gewerbliche Speicher.
- Rechnen wir nun die Leistungen der Pumpspeicher- und Batteriespeichieranlagen zusammen, kommen wir auf ca. 24 GW.

 Dies genügt nicht einmal für die Überbrückung von einer halben Stunde „Dunkelflaute“.

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen 29.09.2025 18

Ein weiteres Problem ist, dass Geld in den Wind geschrieben wird:

Geld, das in den Wind geschrieben wird

- Fehlende Stromtrassen und –speicher führen dazu,...

... dass Windenergieanlagen bei Wind abgeschaltet werden müssen.

... dass überflüssiger Strom ins Ausland abgegeben werden muss, was wir früher auch gemacht haben. Allerdings geschah dies gezielt und nicht planlos, weil mit dem Wind nicht zu reden ist, wann er wehen sollte.

...dass sogenannte Redispatchmaßnahmen, die Anfang des Jahrhunderts nur 10 – 20 Mal im Jahr notwendig waren, jetzt Zig-tausendmal im Jahr erfolgen müssen!

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen 29.09.2025 19

Bei den Redispatchmaßnahmen werden unter anderem Windkraftanlagen abgeregelt, damit das Netz nicht kollabiert, und ihre Betreiber erhalten Geld für den deshalb nicht produzierten Strom:

Geld, das in den Wind geschrieben wird

- Dies kostete uns im Jahr 2024 um die **20 Milliarden Euro**,...

...da die Betreiber der WEA den nicht produzierten Strom bezahlt bekommen.

...da wir Geld dafür bezahlen mussten den zu viel produzierten Strom an das Ausland abzugeben.
Dies geschah an 457 Stunden und an weiteren 62 Stunden wurde der Strom verschenkt.

... und auch die Redispatchmaßnahmen, um die 20.000 Eingriffe, kosteten uns Geld, um unser Stromnetz vor einem Kollaps zu bewahren.

Geld, das in den Wind geschrieben wird

- Wir sind in diesem Jahr auf dem besten Weg das Jahr 2024 zu toppen, weil...

... wir bereits Ende Juli an 401 Stunden Geld bezahlt haben, damit uns der Strom abgenommen wird.
An weiteren 50 Stunden haben wir ihn verschenkt!

... weitere 5.674 WEA zugelassen und in Planung sind, die bei Wind stillstehen, oder andere Anlagen zum Stillstand zwingen!

... damit auch die Kosten für Redispatchmaßnahmen steigen werden.

Diese Präsentation habe ich Ende Juli 2025 erarbeitet. Am 24. August wurde die Vorjahreszahl der Stunden, in denen Strom ans Ausland abgegeben werden musste - 457 Stunden - übertroffen.

Nun zu den gesetzlichen Vorgaben:

Kommen wir zu den gesetzlichen Vorgaben

- Das **Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG)** (bei uns das NwindG) schreibt uns vor, dass 2% der Flächen für die Windenergie als Vorrangflächen freigestellt werden sollen.
- Das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** legt fest zu welchem Zeitpunkt wieviel Leistung von welchen Energieträgern installiert sein soll.

Kommen wir zu den gesetzlichen Vorgaben

- Gem. §4 EEG hat Deutschland bis 2040 an Land 160 GW an Windenergie zu installieren.
- Das macht zum einen bei der Leistung von 7 MW heutiger Anlagen eine Anzahl von 22.858 Anlagen, also rund 23.000 Anlagen.
- Zum anderen bedeutet dies, da bereits 29.000 Anlagen an Land in Deutschland stehen, dass Repowering vollkommen ausreichend ist und wir zukünftig sogar 6.000 Anlagen weniger benötigen.

„Wir brauchen keine weiteren Windräder“

Auch das zeigt: Wir brauchen keine weiteren Windräder.

Kommen wir zu den gesetzlichen Vorgaben

- Das WindBG schreibt vor, dass wir diese 23.000 Anlagen, gem. der Flächenverteilung, gleichmäßig über Deutschland verteilen sollen!
- Warum Niedersachsen das erste Bundesland ist, das zuerst den Ausbau der Windenergie stoppen muss, geht aus der Tabelle auf der nächsten Folie hervor.

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen 29.09.2025 24

Kommen wir zu den gesetzlichen Vorgaben

Bundesland	Größe	Maß	2032 in %	2032 in km ²	% vom Gesamt
Bayern	70.542 km ²	1,80	1.269,76	17,71	
Niedersachsen	47.710 km ²	2,20	1.049,62	14,64	
Baden-Württemberg	35.748 km ²	1,80	643,46	8,98	
Nordrhein-Westfalen	34.113 km ²	1,80	614,03	8,57	
Brandenburg	29.654 km ²	2,20	652,39	9,10	
Mecklenburg-Vorpommern	23.295 km ²	2,10	489,20	6,82	
Hessen	21.116 km ²	2,20	464,55	6,48	
Sachsen-Anhalt	20.467 km ²	2,20	450,27	6,28	
Rheinland-Pfalz	19.858 km ²	2,20	436,88	6,09	
Sachsen	18.450 km ²	2,00	369,00	5,15	
Thüringen	16.202 km ²	2,20	356,44	4,97	
Schleswig-Holstein	15.804 km ²	2,00	316,08	4,41	
Saarland	2.572 km ²	1,80	46,30	0,65	
Berlin	891 km ²	0,50	4,46	0,06	
Hamburg	755 km ²	0,50	3,78	0,05	
Bremen	420 km ²	0,50	2,10	0,03	
Gesamt	357.597		7.168,31	100,00	

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen 29.09.2025 25

Diese Tabelle nennt die Größe der Bundesländer und die jeweiligen Flächenziele. Außerdem wird daraus ermittelt, welchen Anteil an der Gesamtleistung der Windkraftanlagen jedes Land stellen muss; im Fall von Niedersachsen also 14,64 %.

Was bedeutet das im Einzelnen für Niedersachsen?

Bezogen auf das Ziel für 2040, 160 GW Erzeugungsleistung an Land zu betreiben, ergibt sich für Niedersachsen das Ausbauziel von 23,43 GW. Legt man die aktuellen 7-MW-Anlagen - sie können beim Repowern aufgestellt werden - zugrunde, bedeutet das, dass rund 3 350 Windkraftanlagen im Jahr 2040 in Niedersachsen betrieben werden müssten. Vergleichen wir das mit dem jetzigen Bestand von 6 160 Anlagen, wird deutlich, dass hier rund 2 800 Anlagen mehr in Betrieb sind als dann erforderlich. Von daher sollten die jetzt schon genutzten Flächen völlig ausreichen, um ein modernes Repowering, also mit 7-MW-Anlagen, durchzuführen.

Außerdem müssen wir auf die zusätzlich geplanten Anlagen schauen:

Was bedeutet das für Niedersachsen?

- Wir haben bereits 6.160 WEA installiert.
- Von den bundesweit bereits zugelassenen 5.674 Anlagen sind **975** Anlagen in Niedersachsen in Planung.
- Das macht zusammen gut 7.100 Windenergieanlagen.
- Da wir in 2040 nur 3.350 WEA benötigen, sind die jetzt bereits betriebenen und in Planung befindlichen gut 7.100 WEA mehr als doppelt so viel.

Was bedeutet das für Niedersachsen?

- Wir können auch davon ausgehen, dass sich außerdem die Leistung der WEA weiter steigern wird und so lässt sich das Ziel mit repowern erreichen.
- So lassen sich zum einen Ressourcen sparen in Material und Arbeitskraft für den Aufbau weiterer Wind-„Parks“, Umspannwerke und Stromleitungen.
- Und zum anderen die Natur, Umwelt und Gesundheit der Bürger schützen, so wie deren Lebensraum und Landschaftsbild.

Die modernsten Windkraftanlagen, die zurzeit errichtet werden, haben eine Leistung von 7,8 MW. Das Ziel kann also mit weniger Anlagen als bisher erreichen. So können auch die erheblichen Eingriffe in das Landschaftsbild vermindert werden; denn unter Parks stellt man sich etwas anderes vor als einen Wind-„Park“.

Was bedeutet das für Niedersachsen?

- Wir können uns also im Windsektor entspannt zurücklehnen und lieber schauen das wir die Fördergelder für sinnvolle Forschung nach weiteren Möglichkeiten der Energiegewinnung zur Verfügung stellen.
- Es handelt sich, wie Sie sehen konnten, um eine gerechte, gesetzliche Verteilung der Aufgabe zur Energieversorgung der Länder.
- Dies bedeutet auch, dass Niedersachsen nicht das Energieland Nr.1 sein muss, wie es in manchen Zeitungen bereits zu lesen war, denn es handelt sich hier um keinen Wettbewerb, sondern um einen vernünftigen Umgang mit den Vorgaben!

„Wir brauchen keine weiteren Windräder“

Dass weitere Möglichkeiten der Energiegewinnung entwickelt werden, ist sehr wichtig, denn die anfangs aufgezeigten 62,5 % können nicht ausreichen.

Wieder zeigt sich: Wir brauchen keine weiteren Windräder.

Nun kommt es auf den Landtag an:

Jetzt ist der Niedersächsische Landtag dran!

- Nach all den Informationen die Ihnen durch meine Petition und dieser Präsentation nun Vorliegen, ist es an Ihnen zu erkennen, dass es keinen Sinn macht an den Flächenvorgaben des WindBG und den dazugehörigen Landesgesetzen wie das NWindG festzuhalten.
- Ich kann Sie deshalb nur auffordern und ermutigen die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wie Moratorien, Resolutionen, dem Einsatz Ihrer Mitglieder im Bundesrat usw. zu nutzen, um folgendes umzusetzen:

Jetzt ist der Niedersächsische Landtag dran!

1. **Reduzierung der installierten Leistung** aus Windkraft gem. §3 Abs.1 Satz 1 Nr.3 des NKlimaG **von 30 GW auf 20 GW**.
2. Schnellstmöglicher **Stopp des Windflächenbedarfsgesetz** (WindBG), sowie dem Ableger NWindG, denn auch der Personalaufwand hierfür verschlingt Unsummen.
3. Die **Einspeisevergütung** für neue Windenergieanlagen, die nicht dem Repowering dienen, muss **eingestellt werden**, sowie die Bezahlung von **nichtproduzierten Strom** bei Abregelung der Anlagen.
4. **Stopp der Gemeindeöffnungsklausel** nach § 245e BauGB, sowie **Streichung der Privilegierung der Windenergie** gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB.

Thomas Lang - Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen

29.09.2025 30

Ergänzend zu Nr. 1: Gemäß dem Ausbauziel für 2040 müssen in Niedersachsen eigentlich nur 23,43 GW Erzeugungsleistung mit Windenergie an Land erreicht werden. Aber die Prognose von McKinsey zeigt, dass der Strombedarf nicht so hoch sein wird, wie er für das Gesetz angenommen wurde. Mit weniger als 20 GW werden wir also gut aufgestellt sein. Derzeit sind bereits Windkraftanlagen mit 13 GW Erzeugungsleistung installiert, und weitere 5,6 GW sollen hinzukommen. Das sind in Summe 18,6 GW - da fehlt nicht viel an den 20 GW. Das ist locker mit Repowering zu schaffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Für Fragen und weitere Informationen stehe ich Ihnen auch zukünftig gerne weiter zur Verfügung.

Ihr

Thomas Lang



Unterrichtung durch die Landesregierung



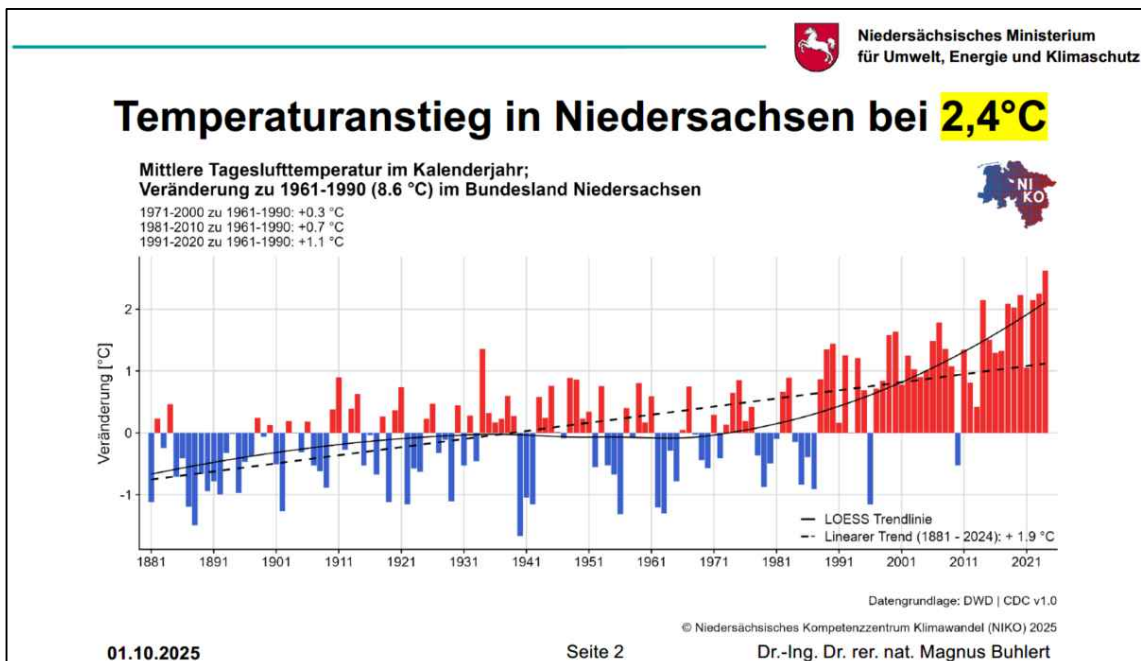
Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Energiewende – Ausbau von Windenergieanlagen


Dr.-Ing. Dr. rer. nat. Magnus Buhler
Leiter des Referats „Erneuerbare Energie,
nachhaltige Mobilität und Energieeffizienz“
im Niedersächsischen Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

MR **Dr. Buhler** (MU): Ich möchte erstens erläutern, warum die Landesregierung eine andere Auffassung verfolgt, und zweitens einige Dinge richtigstellen; alles richtigzustellen, wird mir in den zur Verfügung stehenden zehn Minuten nicht gelingen. Aber es gibt eine schriftliche Stellungnahme, die allen Beteiligten vorliegt, in der ich entsprechend ausführe.

Warum wird all das gemacht?



Rufen wir uns den Klimawandel ins Gedächtnis! Die mittlere Tageslufttemperatur lag 2024 um 2,4 °C über dem Mittelwert von 1961 bis 1990. Dieser Temperaturanstieg wird mit Klimafolgen einhergehen, die enorme Kosten verursachen. An dieser Stelle sei an die Kosten erinnert, die Unwetter usw. verursachen. Ihre Häufigkeit wird deutlich zunehmen. Diese Kosten belasten unsere Volkswirtschaft. Deswegen sind die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren:



Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Reduktion der THG-Emissionen – aber wie?

Energiewende bedeutet konkret:

Weg von fossilen
Energieträgern wie
Kohle, Öl oder Gas

➔

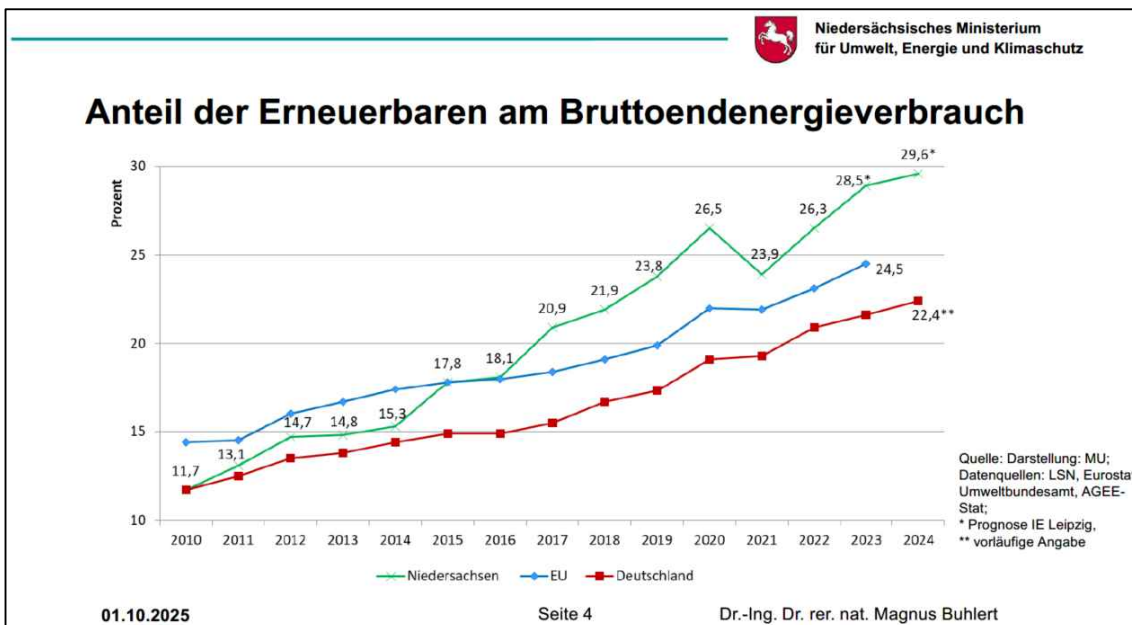
Hin zu:

- Erneuerbaren Energien wie **Windkraft, Solarenergie und nachhaltige Biomasse**
- Energie-Einsparung und
- Effizienzsteigerung

01.10.2025
Seite 3
Dr.-Ing. Dr. rer. nat. Magnus Buhlert

Der Einsatz von fossilen Energieträgern wird deutlich reduziert. Stattdessen setzen wir auf erneuerbare Energien.

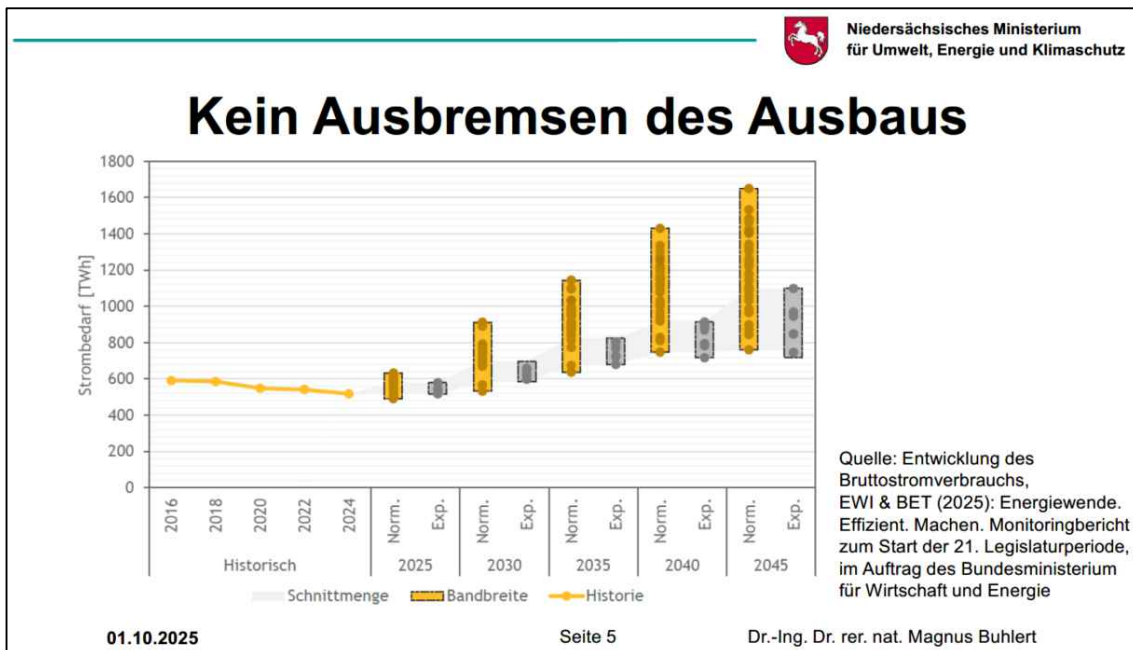
Welche weiteren Fakten sind zu berücksichtigen?



Momentan könnten wir unseren Bedarf an Strom - wenn wir keinen exportieren würden - bilanziell zu mehr als 100 % aus Erneuerbaren decken. Dass wir dafür in der Praxis Speicher und Reservekraftwerke benötigen, ist klar.

Aber wir wollen nicht nur den Strom-, sondern den Gesamtenergiebedarf mit Erneuerbaren decken. Er wird in Niedersachsen zurzeit erst zu 29,6 % aus Erneuerbaren gedeckt. Bis zur gesamtgesellschaftlich klimaneutralen Energieversorgung sind also noch gut 70 % des Weges zu gehen. Dafür kommt es auch auf die Transformation der Wirtschaft an. Wichtig ist auch der Übergang zur

Elektromobilität; Sie kennen das. Wenn wir auf fossile Energien verzichten wollen, müssen wir mehr Erneuerbare nutzen. Das bedeutet, wir benötigen einen weiteren Ausbau auch der Erzeugungskapazität.




Die Erneuerbarenanlagen laufen nicht immer in Vollast. Sie haben oft von der installierten Leistung gesprochen. Lassen Sie mich das mit einem Auto vergleichen: Auch wenn Sie einen ID.3 mit einer Motorleistung von 150 kW haben, werden Sie diese Leistung nicht immer voll ausnutzen, sondern meist nur in Teillast. So ist es auch mit der Windenergie: Die Windenergieanlagen laufen häufig nur in Teillast. Außerdem gibt es auch Schwachwindstandorte, an denen die volle Kapazität nie ausgeschöpft wird. Auch Solaranlagen schöpfen ihre Leistungskapazität nicht immer voll aus. Das bedeutet: Die Erneuerbarenanlagen laufen sehr, sehr häufig nur in Teillast. Und das bedeutet wiederum, dass sehr viel mehr Leistung installiert werden muss, um auf die Leistungsmenge zu kommen, die erforderlich ist, um die Arbeit zu leisten, die für die von Ihnen genannten 40 bis 75 GWh je Stunde benötigt werden. Es ist also die Teillast zu betrachten. Es ist also noch sehr viel mehr auszubauen.

Als die Ziele des Klimagesetzes formuliert wurden - 30 GW für Windenergie an Land, übrigens auch 65 GW für PV -, wurden Gutachten herangezogen, die besagen: Auch nach dem Erreichen dieses Ausbauziels besteht in Niedersachsen immer noch ein Energieimportbedarf; der Import betrifft grünen Wasserstoff und die darauf basierenden Derivate. Auch dann wird ein Teil des niedersächsischen Energiebedarfs durch Importe gedeckt werden müssen. Diese Importe werden teuer sein, wie die Ausschreibungen für Lieferungen von grünem Wasserstoff gezeigt haben. Wir tun also gut daran, uns selbst zu versorgen und auch dafür zu sorgen, dass unsere Energieversorgung möglichst unabhängig von Importen ist; denn wenn wir von bestimmten Importländern sehr abhängig sind, hat das Folgen. Wir alle haben das in der Krise nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine erlebt.

Es gibt Diskussionen, wie viel Energie in Zukunft benötigt wird. Sie haben den Monitoringbericht der Bundesregierung gesehen. Er umfasst die verschiedensten Szenarien. Wenn Deutschland

Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze verzeichnen will, heißt das auch, dass mehr Energie benötigt wird. Wenn es mehr Elektromobilität geben wird, wird mehr Strom benötigt. Auch wenn vermehrt mit Strom geheizt wird, steigt der Strombedarf. Insofern gibt es eine fast schon wilde Diskussion über Bandbreiten und Szenarien. Was Frau Bundesministerin Reiche in den letzten Tagen anführt, stellt den unteren Rand mit wenig Wirtschaftswachstum dar.



Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Kein Ausbremsen des Ausbaus

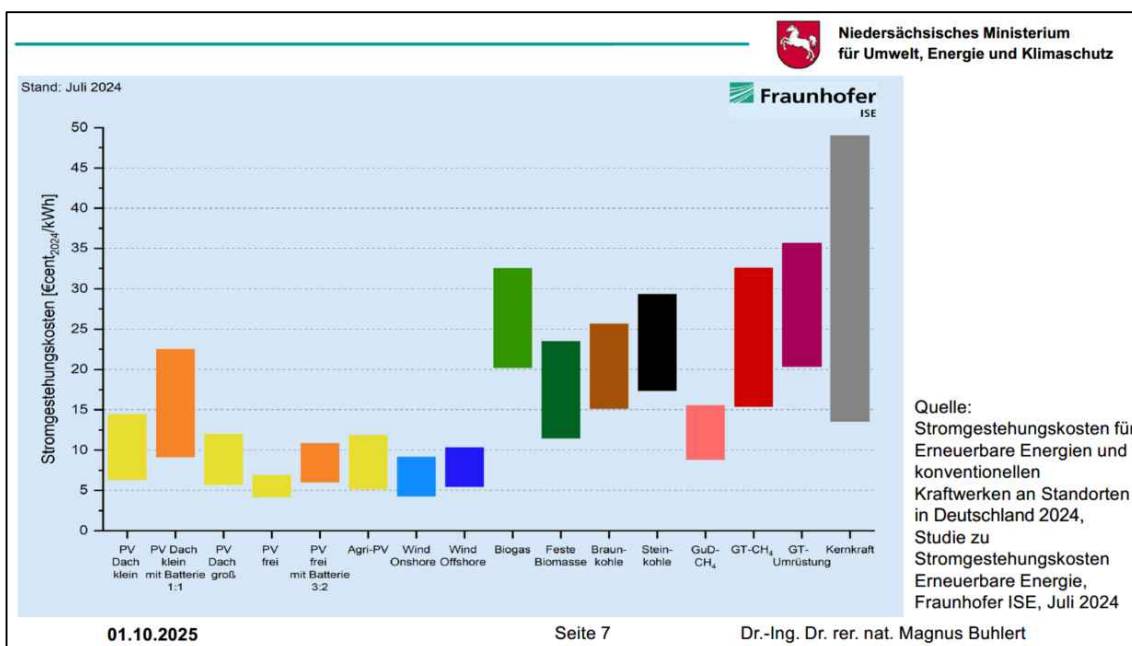
„Der Ausbau der erneuerbaren Energieanlagen ist weiterhin in hohem Umfang notwendig, um die Klimaziele zu erreichen.“

S. 10 des Monitoringberichts
(EWI & BET (2025): Energiewende. Effizient. Machen.
Monitoringbericht zum Start der 21. Legislaturperiode,
im Auftrag des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

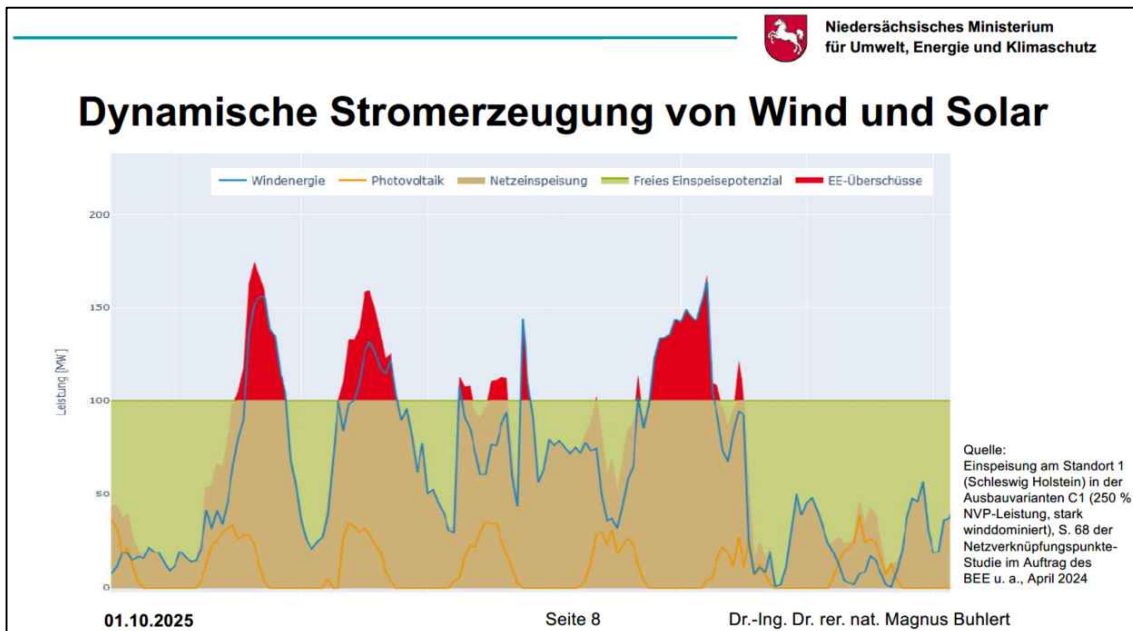
01.10.2025
Seite 6
Dr.-Ing. Dr. rer. nat. Magnus Buhlert

Wir brauchen also kein Ausbremsen, sondern den weiteren Ausbau. Der Monitoringbericht der Bundesregierung formuliert es so: „Der Ausbau der erneuerbaren Energieanlagen ist weiterhin in hohem Umfang notwendig, um die Klimaziele zu erreichen.“ Mehr möchte ich dazu nicht sagen.


Ich möchte noch auf die Stromgestehungskosten eingehen:



PV und Windenergie bieten die günstigsten Stromgestehungskosten. Deshalb werden diese Formen der Stromerzeugung ausgebaut - nicht, weil das ohne Leitungs- und Speicherausbau möglich wäre, sondern weil uns diese niedrigen Kosten den Spielraum verschaffen, um deren Ausbau finanzieren zu können.



Selbstverständlich ist die Stromerzeugung mit Wind und Sonne dynamisch. Klar! Auch wenn nicht immer der Wind weht und die Sonne nicht immer scheint, so ergänzen sich beide relativ gut, sodass man weniger Speicher benötigt, wenn man beide geschickt baut - auch, was die Mengen und die vernünftige deutschlandweite Verteilung angeht. Dass in anderen Bundesländern mehr ausgebaut werden könnte, ist wohl allen klar, die darüber nachdenken, dass auch im Süden Deutschlands mehr Windkraft benötigt wird.


**Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz**

Flexibilität als Schlüssel

- Strategische Abregelung, Speicher und flexible Nachfrage
- Solar und Wind können mit Kurzzeitspeichern **rund 92,5 %** des europäischen Strombedarfs decken.


Studie: Firm wind and solar photovoltaic power with proactive curtailment:
 A European analysis, *van Eldik, van Sark*, Utrecht Universität;
 erschienen in Energy Conversion and Management, 2025

01.10.2025 Seite 9 Dr.-Ing. Dr. rer. nat. Magnus Buhlert

Die Flexibilität ist ein wichtiger Schlüssel: In dem Gutachten von van Eldik und van Sark (Universität Utrecht) heißt es, dass mit Speichern, mit flexibler Nachfrage und strategischer Abregelung 92,5 % des europäischen Strombedarfs gedeckt werden könnten. Dabei kann ein gewisses Maß an Abregelung zielführend sein. Auch mein Elektroauto steht manchmal in der Garage, wenn ich es nicht brauche. Und so braucht man auch Windkraft- und PV-Anlagen gelegentlich nicht. Manchmal ist es dann günstiger, nicht auch noch die „letzte“ Kilowattstunde Strom einzuspeichern, sondern abzuregeln.

Im Übrigen wird auch nicht jede zusätzliche Kilowattstunde Strom immer vergütet. Vielmehr wird für Strom aus neuen Anlagen bei negativen Strompreisen nichts mehr gezahlt. Und wenn Strom ins Ausland geliefert wird, wird dieser dort häufig gespeichert. Zum Beispiel Norwegen, die Schweiz und Österreich nutzen Pumpspeicherkraftwerke, damit Strom von dort bei hiesigem Bedarf zurückgeliefert wird. Im Übrigen wird gerade untersucht, ob Talsperren im Harz auch als Energiespeicher genutzt werden können.

Ich fasse die Vorteile der Windkraft zusammen:

Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Einige Vorteile von Windkraft

- heimische Energie
(keine Importabhängigkeiten bei Energie)
- Treibhausgasneutralität der Stromerzeugung
(noch nicht der Anlagen selbst)
- Arbeitsplätze und Wertschöpfung
- Einnahmen aus Gewerbesteuern und Akzeptanzabgabe

01.10.2025Seite 10Dr.-Ing. Dr. rer. nat. Magnus Buhler

Diese vier Vorteile dürfen bei der Betrachtung nicht außen vor bleiben.

Damit komme ich zu diesem Fazit:



Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Fazit:

**Weiterer Ausbau von Windkraft
und Photovoltaik ist erforderlich.**

**Die Landesregierung hält an den
im NKlimaG normierten Zielen fest.**



01.10.2025


Seite 11

© Niedersächsisches Kompetenzzentrum Klimawandel (NIKO) 2025
basierend auf Daten des DWD Climate Data Center (CDC) und der Idee von Ed Hawkins
 Dr.-Ing. Dr. rer. nat. Magnus Buhler

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir uns mit dem Windkraftausbau in einem bundesgesetzlichen Rahmen bewegen, den Niedersachsen angesichts der Normenhierarchie nicht verlassen kann. Wenn der Bund vorgibt, dass Niedersachsen 2,2 % seiner Fläche für Windenergievorranggebiete auszuweisen hat, kann das Land das nicht ignorieren. Der Bund hat auch die Folgen normiert. Wer diesen Rechtsrahmen ändern möchte, muss bei den Vorgaben der Europäischen Union anfangen. Anschließend ließen sich das Bundes- und nachfolgend das Landesrecht ändern.

Abschließend sei mir der Hinweis gestattet, dass die Ausbauziele in Bezug auf die benötigte Strommenge nicht allein durch das Repowering zu erreichen sind. Es müssen weitere Flächen für die Windkraft ausgewiesen werden, weil die neuen Anlagen nicht immer an den jetzt genutzten Standorten errichtet werden können. Außerdem haben die neuen Anlagen gänzlich andere Platzbedarfe als Altanlagen.



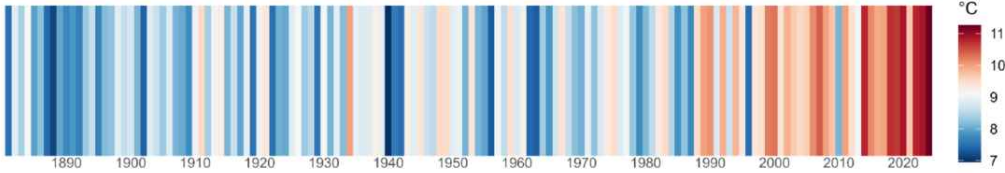


Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Vielen Dank!

Dr.-Ing. Dr. rer. nat. Magnus Buhlert
Leiter des Referats Erneuerbare Energie, nachhaltige Mobilität und Energieeffizienz
E-Mail: magnus.buhlert@mu.niedersachsen.de

Niedersachsen 1881-2024



© Niedersächsisches Kompetenzzentrum Klimawandel (NIKO) 2025
basierend auf Daten des DWD Climate Data Center (CDC) und der Idee von Ed Hawkins

01.10.2025
Seite 13
Dr.-Ing. Dr. rer. nat. Magnus Buhlert

Aussprache

Abg. **Holger Kühnlitz** (AfD): Schönen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Lang. Ich fand sie richtig gut.

Ich habe eine Frage an beide Vortragenden: Auch die Windkraftanlagen, die in Zukunft errichtet werden, aber noch nicht gleich an die Trassen angeschlossen sind, werden die Stromkunden Geld kosten. Über wie viele Milliarden Euro reden wir? Wie viel muss für Windkraftanlagen gezahlt werden, die noch kein Geld bringen?

Thomas Lang (Petent): Ich weiß nicht, wie das gemeint ist. Schon jetzt wird zu viel Strom produziert, wenn den Wind kräftig weht. Auch dafür werden schon Milliarden gezahlt. Allein das Abregeln der Windkraftanlagen bei zu viel Wind kostet uns 3,5 Milliarden Euro je Jahr. Da frage ich mich: Warum weitere aufbauen?

(Abg. Holger Kühnlitz [AfD]: Es kommen ja noch mehr!)

Derzeit bestehen 63,5 GW Windenergie an Land. Weitere 32 GW kommen hinzu. Zum jetzigen Zeitpunkt sind diese Anlagen, wie Herr Buhlert sagte, nur für die Teillast zuständig. Wenn man sich aber vor Augen hält, dass wir 80 % Volllastbetrieb haben! Die Zeit mit Teillast schrumpft zusammen. In der Teillast sind zwar mehr Stunden - - - Ich nenne ein Beispiel: Es gibt bei uns in Niedersachsen im Mittel letztendlich 2 500 Stunden je Jahr Volllast, haben aber an 5 000 Stunden je Jahr Wind. Davon sind 3 000 Stunden Teillast. Diese Zeit kann aber nur zu einem Sechstel angerechnet werden, weil in der Zeit nur ein Sechstel des Stroms erzeugt wird, verglichen mit den 2 000 Stunden Volllastzeit. 2 000 Stunden Volllastzeit plus einem Sechstel von 3 000 Stunden Teillastzeit sind diese 2 500 rechnerischen Volllaststunden.

Die Landesregierung möchte die Teillastzeit ausnutzen und nutzt damit 20 % des Bereichs, der sozusagen noch übrigbleibt - ich gehe also von 80 % aus, in denen Strom in Volllast erzeugt

wird -; dafür würde sie Unmengen an Geld ausgeben. Sie würde sagen, dass sechsmal so viele Windräder benötigt werden, um auch dann das reinzuholen. Aber wenn der Wind voll weht, ist für fünf Sechstel der Windräder das Geld zu bezahlen, damit sie abgeregelt werden. Sie stehen im Grunde unnützlich in der Landschaft herum.

Wir sollten uns wirklich über andere Formen und Arten von Energie Gedanken machen, um unseren Energiebedarf zu decken. Wir müssen ihn nicht über Strom decken. Man kann beispielsweise Geothermie nutzen, weil mindestens 50 % des Energiebedarfs nur für Wärme benötigt werden.

MR Dr. Buhkert (MU): Ich kann Ihnen diese Zahl nicht nennen. Aber so viel: Der Netzausbau schreitet stetig fort. Jede neu gebaute Nord-Süd-Trasse reduziert die aktuellen Redispatchkosten. Wir treiben diesen Ausbau mit Hochdruck voran; daran hat auch die Task-Force Energiewende mitgewirkt. Auf jede dieser Leitungen können jährlich Milliardenbeträge gebucht werden, die für Redispatchmaßnahmen weniger zu zahlen sind und die für die Verteilung von günstigem Windstrom sorgen.

Natürlich müssen auch andere Energieformen wie Geothermie und Bioenergie genutzt werden, aber intelligent und zielgerichtet, wo sie benötigt werden. Das ändert aber nichts daran, dass wir einen weiteren Ausbau der Stromerzeugung brauchen, wenn wir die Transformation hin zur Klimaneutralität verfolgen, die wir benötigen.

Zwei Dinge werden angeschoben: Wir werden ein neues Strommarktdesign sehen. Darüber wird jetzt diskutiert. Es ist nicht so, dass die Stromeinspeisung auch dann vergütet wird, wenn an der Strombörse negative Preise bestehen. Außerdem wird über den Vorschlag diskutiert, dass in den ersten vier Jahren einer Anlage keine Redispatchkosten mehr an die Betreiber von den Anlagen gezahlt werden, die nicht ans Stromnetz angeschlossen sind. Ein Argument, so zu verfahren, lautet, dass dann der Netzbetreiber gehalten ist, das Netz entsprechend auszubauen. Das ist der Gedanke hinter diesem Vorschlag.

Das jetzige Vergütungssystem ist dem Bundes- und dem Landesgesetzgeber sowie den Regierungen selbstverständlich bekannt. An diesen Punkten wird gearbeitet. Alle, die an dieser Stelle Verantwortung tragen, sind bestrebt, dass die Belastung der Stromkundinnen und -kunden möglichst niedrig bleibt. Aber da beißt die Maus keinen Faden ab: Dieser Ausbau wird gebraucht, um klimaneutral zu werden.

Zu Ihren Berechnungen mit den Volllaststunden, Herr Lang, sage ich jetzt nicht viel, denn ansonsten kommen wir in eine Vorlesung. Die Volllaststunden berechnen sich etwas anders. Es gibt keine 2 500 Volllaststunden und dann noch Teillaststunden. Diese Betrachtung zeigt nur, wie viele Stunden je Jahr eine Anlage in Volllast laufen *würde*. Wir müssen aber konstatieren, dass die Anlagen in aller Regel in Teillast laufen.

Abg. Omid Najafi (AfD): Vielen Dank, Herr Lang, für Ihre Folien und Ihre Petition, die ich sehr begrüße. Ich habe eine Frage an Sie und dann eine an die Vertreter der Landesregierung.

Herr Lang, in Ihrer Grafik haben Sie für 2030 zwei Strombedarfsszenarien beschrieben, nämlich 615 TWh im Szenario 1 und 530 TWh im Szenario 2. Woher stammen diese Zahlen? Ich frage, weil es ja auch ein Energieeffizienzgesetz gibt, das zeitgleich mit der Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes - sozusagen dem „Heizungsverbot“ - auf der Bundesebene verabschiedet

wurde. § 4 - Energieeffizienzziele - dieses Energieeffizienzgesetzes sieht vor, den „Endenergieverbrauch Deutschlands im Vergleich zum Jahr 2008 bis zum Jahr 2030 um mindestens 26,5 Prozent ... zu senken“. Das ist also ein Gesetz zur Deindustrialisierung. Das ist da genau so verankert. Das heißt, der Strombedarf müsste eigentlich nicht 530 TWh betragen, sondern auf ungefähr 400 TWh sinken, wodurch wir eigentlich noch weniger Windkraftanlagen brauchen. Daher frage ich, woher Ihre Zahlen stammen. Und ist Ihnen auch das Energieeffizienzgesetz bekannt?

An die Landesregierung: Sie haben beschrieben, dass die Stromgestehungskosten bei Windenergie und PV allgemein am geringsten sind. Mir liegen gerade die wöchentlichen Spotmarktstrompreise Deutschlands vor. Im Jahr 2025 hatten wir nur in 6 Kalenderwochen einen Strompreis von etwa 50 Euro/MWh oder weniger; das ist das Preisniveau, das man braucht, um wettbewerbsfähig produzieren zu können und um eine Industrienation am Laufen zu halten. In 34 Wochen hatten wir hingegen einen Strompreis, der für eine Industrienation viel zu hoch ist. Wie bewerten Sie das, da Sie gerade behauptet haben, dass die Energiewende die Energie- oder Stromkosten senken sollte?

Thomas Lang (Petent): Die von mir verwendeten Daten stammen aus einer McKinsey-Studie aus dem Januar 2025. Die Quellenangabe¹ wird zusammen mit weiteren Quellenangaben im Handout zu meinem Vortrag durch die Landtagsverwaltung übersandt.

Das Energieeffizienzgesetz ist mir nicht bekannt. Ich würde mich freuen, wenn Sie es mir zuschicken, damit ich mich einlesen kann.

MR Dr. Buhler (MU): Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Strompreise günstig sind, dass es einen Industrie- respektive Transformationsstrompreis gibt, der die Wirtschaft am Laufen hält und die Transformation ermöglicht. Die Landesregierung setzt auf einen schnellen Netzausbau, damit solche hohen Kosten nicht anfallen. Deshalb setzt sie auch auf den Ausbau von Speichern, damit Strom sozusagen auch jahreszeitlich verschoben werden kann. Außerdem geht es darum, dass das Stromsystem günstig transformiert werden kann. Die Landesregierung setzt sich auch für die Senkung der Stromsteuer ein, die ja ein Bestandteil des Strompreises ist. An vielen Stellen arbeitet die Landesregierung dafür, dass die Stromkosten wettbewerbsfähig sind. Sie wirbt auch damit, dass Niedersachsen als Windland sehr viel Strom erzeugt, damit sich hier Industrie, Rechenzentren und andere Unternehmen ansiedeln, die die zukünftige Wirtschaft mit bilden werden.

Gestatten Sie mir eine Anmerkung zum Energieeffizienzgesetz: Es zielt auf eine Senkung des *Gesamtenergieverbrauchs*. Wenn Sie berücksichtigen, dass Verbrennungsprozesse sehr ineffizient sind, was die Energienutzung angeht, dann wird klar, dass durch eine Umstellung von einer Verbrennertechnologie auf eine Stromtechnologie Effizienzgewinne erzielt werden. Gerade das spricht für einen weiteren Ausbau des Stromsektors, weil Strom in Elektromotoren zu fast 100 % in Bewegung umgesetzt wird, während die Nutzung zum Beispiel von Benzin in Verbrennungskraftmaschinen weitaus ineffizienter ist. Das gilt auch für das Heizen. Das ist der Grund, warum diese Bereiche weitaus mehr als jetzt strombasiert realisiert werden sollen.

¹ Die Quellenangaben sind zusätzlich am Ende der Aussprache wiedergegeben.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Sie sprachen von den Szenarien 1 und 2. Was genau verbirgt sich dahinter?

Thomas Lang (Petent): Das sind zwei Szenarien, die McKinsey in seiner Studie erarbeitet und durchgerechnet hat, wie der Strombedarf in Deutschland in den Jahren 2030 und 2035 sein wird. Bislang ist man davon ausgegangen, dass der Bedarf im Jahr 2030 bei rund 750 TWh liegen wird. Aber wir müssen sehen, dass die Kurve des Strombedarfs immer weiter zurückgeht und wir derzeit bei rund 512 TWh liegen. Es ist nicht abzusehen, dass der Strombedarf in Deutschland bis 2030 um 50 % steigen wird. Diese Daten habe ich aber verwendet; denn wir können ja immer nur von Zahlen ausgehen, mit denen aufgezeigt wird, wie sich der Stromverbrauch in Zukunft entwickeln kann. Mithilfe dieser Daten konnte ich aufzeigen, dass bereits jetzt viel zu viele Windräder installiert sind und wir keine weiteren Anlagen brauchen bzw. alles mit Repowering schaffen können.

Zusammen mit dem Handout zu meinem Vortrag übersende ich die gesamte Studie.

Abg. **Marten Gäde** (SPD): Herr Buhlert, Sie haben ja schon ausgeführt, dass wir mit steigenden Netzkapazitäten zu rechnen haben. Bitte konkretisieren Sie, wie die Netzkapazitäten mittelfristig steigen.

Herr Lang, Herr Buhlert, im Vortrag haben wir gehört, dass sich trotz eines rückläufigen Gesamtenergieverbrauchs steigende Strombedarfe ergeben werden, zum Beispiel gerade durch Elektromobilität und Wärmepumpen. In Ihrem Vortrag ist mir nicht ganz klar geworden, wie mit dieser Tatsache umgegangen werden soll, wie also diese steigenden Bedarfe gedeckt werden sollen, wenn nicht auf Windenergie und Solar gesetzt wird. Könnten Sie auch dazu ausführen?

MR **Dr. Buhlert** (MU): Alle Stromnetzbetreiber investieren Milliarden in den Ausbau der Netze. Wir können Ihnen gerne eine Übersicht geben, welche Netzausbauvorhaben aktuell umgesetzt werden, wenn Sie das wünschen. Außerdem gibt es den Netzentwicklungsplanungsprozess, mit dem spätestens alle zwei Jahre geprüft, geplant und justiert wird, welcher Netzausbau wann benötigt wird. Damit wird auf aktuelle Entwicklungen reagiert, zum Beispiel auf Anschlüsse neuer Firmen, neuer Windparks etc.

Zu den Szenarien möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Landesregierung selbstverständlich davon ausgeht, dass der Strombedarf steigt. Sogar der Monitoringbericht der Bundesregierung, der für 2030 etwas weniger als 750 TWh annimmt, geht - wenn ich es richtig erinnere - von 600 bis 700 TWh aus. Insofern geht auch die Bundesregierung von einem Anstieg des Strombedarfs aus - die Landesregierung von einem noch etwas stärkeren. Aber das ist am Ende auch eine Frage des Wirtschaftswachstums und der Transformationsgeschwindigkeit. Wenn man die Transformation bremsen will, wird natürlich weniger Strom benötigt.

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD): Herr Buhlert, Sie hatten angeboten, Materialien zum Netzausbau bereitzustellen. - Ich sehe bei den Abgeordneten Interesse. Bitte übersenden Sie uns diese Unterlagen.

Thomas Lang (Petent): Es geht mir nicht um einen kompletten Ausschluss von Windkraft und PV von der Stromerzeugung. Vielmehr stelle ich fest, dass mit der Windkraft bereits ein Ziel erreicht wurde und man nicht darüber hinaus gehen kann. Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Sehr wahrscheinlich haben Sie zu Hause eine Geschirrspülmaschine. Was würden Sie sagen, wenn ich

Ihnen empfehle, noch eine zweite und eine dritte zu installieren? Sicherlich würden Sie sagen, dass Sie die nicht brauchen. - Genauso ist es im Moment mit den Windkraftanlagen. Es stehen genügend Windkraftanlagen. Wir können dort nicht mehr Strom rausholen, weil es keine Möglichkeit gibt, den Strom in den anfallenden Mengen zu speichern. Um 1 GWh Strom zu speichern, müssen laut Fraunhofer-Institut 250 Millionen bis 500 Millionen Euro investiert werden. Wenn man sich vor Augen hält, dass wir im Durchschnitt 59 GWh je Stunde verbrauchen, dann können Sie ausrechnen, wie viele Milliarden aufgewandt werden müssten, um eine Woche lang Strom auch ohne Sonne und Wind zur Verfügung zu haben. Erfahrungsgemäß haben wir zum Beispiel Anfang Dezember Zeiten mit wenig Wind und stark bedecktem Himmel.

Ich wende mich auch nicht gegen die Erneuerbaren. Erneuerbare Energien sind gut und schön, aber wir können sie nur in dem Maß gebrauchen, wie sie nützlich sind. Die Anlagen nutzen uns nicht, wenn sie stillstehen, auch nicht, wenn sie abgeregelt werden müssen, weil ansonsten das Netz kollabieren würde. Mittlerweile müssen so viele Windkraftanlagen abgeschaltet werden, wenn der Wind weht, dass ich frage: Wozu brauchen wir weitere Windkraftanlagen?

Und weil wir auch über Photovoltaikanlagen gesprochen haben: Warum werden sie nicht an Autobahnen oder über Parkplätzen von großen Unternehmen gebaut? Warum müssen stattdessen Freiflächen-PV-Anlagen errichtet werden? Auch das tut nicht not!

Man kann die erneuerbaren Energien supergut nutzen, aber nur bis zu einem bestimmten Punkt - nämlich nur so viel, wie wir tatsächlich verbrauchen können. Wenn darüber hinaus produziert wird, wird fürs Ausland produziert, und das für die ausländischen Abnehmer kostenlos, oder wir zahlen sogar drauf. Das ist das Problem, das wir damit haben!

Sie haben gerade über die Stromtrassen gesprochen. Aber sie sind erst in acht bis zwölf Jahren fertig, wie Avacon-Mitarbeiter gerade erst vor zwei Wochen in einem Vortrag erläutert haben. Ich habe diesen Vortrag übrigens; ich kann ihn gerne zusenden. Darin heißt es explizit: Die Netze müssen noch acht bis zwölf Jahre ausgebaut werden, damit der Strom, der jetzt erzeugt wird, überhaupt transportiert werden kann. Und dann sollen noch mehr Windkraftanlagen gebaut werden? Das ist mir unbegreiflich. Das muss mir erst noch jemand erklären.

(Die Sitzung wird wegen störender Baugeräusche für einige Minuten unterbrochen.)

Abg. **Julia Retzlaff** (SPD): Vielen Dank an Herrn Lang und Herrn Buhler für die ausführlichen Präsentationen.

Herr Lang, in Ihrer Petition versuchen Sie, die Annahmen zu den Flächenzielen für den Ausbau der Windenergie und zur erforderlichen Strommenge zu widerlegen, die die Bundesregierung trifft. Sie zweifeln auch an, was das nach dem Herunterbrechen für Niedersachsen bedeutet. Sie berufen sich dabei auf eine Studie von McKinsey, die Sie uns zuschicken möchten. Nun stehen hinter den Annahmen der Bundesregierung und auch der Landesregierung komplexe Berechnungen, und Sie berufen sich auf diese eine Studie. Deshalb interessiert mich: Haben Sie auch andere Quellen genutzt? Möglicherweise geht aber auch schon aus dieser Studie hervor, worauf sich ihre Autoren beziehen.

Thomas Lang (Petent): Ein Quellenverzeichnis² werde ich noch mit dem Handout übersenden.

Im Kern geht es mir darum, dass man ein Bedarfsziel nicht mit einem Flächenziel erreichen kann. Das ist meine Sicht der Dinge. Man kann nicht ein vor mehreren Jahren definiertes Flächenziel heute heranziehen. Damals ging man von 1-MW-Windkraftanlagen und einer bestimmten Strommenge - sie war damals höher angenommen worden als heute -, die zu erzeugen ist, aus und hat das dann in einen Flächenbedarf umgerechnet. Diese Fläche ist dann aufs Bundesgebiet verteilt worden, und jedes Bundesland erhält eine Vorgabe, wie viel Fläche es für diese Energieform bereitstellen soll.

In der Zwischenzeit hat die Leistung der einzelnen Windkraftanlage wesentlich zugenommen. Diese Entwicklung hat mal bei 1 bis 2 MW angefangen, mittlerweile werden mehr als 7 MW erreicht. Dann werden nicht mehr die Flächen benötigt, die vorher mal errechnet wurden. Deswegen möchte ich, dass diese Flächengeschichte einfach aufhört. Vielmehr soll man sich nach dem wirklich Gebrauchten, nach den Bedarfen ausrichten - auch nach den Bedarfen der einzelnen Bundesländer. Es ist eine Tatsache, dass wir hier im Norden mehr Wind haben als die Bayern oder Baden-Württemberger. Aber für den Transport von hier erzeugtem und dort benötigtem Strom stehen die Netze nicht zur Verfügung. Erst, wie gesagt, in acht bis zwölf Jahren wird das nach Aussage von Avacon der Fall sein. Avacon ist ja ein großer Netzbetreiber, und das Unternehmen tauscht sich auch mit TenneT aus. Richtig ist, dass Milliarden in den Netzausbau gesteckt werden. Aber das dauert seine Zeit.

Mittlerweile wird in Niedersachsen so viel Strom aus allen Erneuerbaren gewonnen, dass sich das Land eine Deckung des Bedarfs in Höhe von 102 % schönrechnen kann. Dabei rechnet die Landesregierung einfach den Offshore-Bereich hinzu, der eigentlich nicht zu Niedersachsen gehört. Damit rechnet es sich die Landesregierung schön, dass hier Strom produziert wird, für den es hier keinen Bedarf gibt, sondern der den Bedarf im Ausland mit deckt. Dort werden deshalb die Kraftwerke runtergefahren, weil man dort den Strom abnehmen *muss*; denn der Strom muss ja verbraucht werden.

Ich rechne mal all das heraus, was eigentlich nicht zu Niedersachsen gehört, also den Offshore-Bereich, aber auch den großen Export von Strom - nur um ihn später wieder teuer einzukaufen, wenn wir hier keinen Wind haben -: Das bringt mich dazu, dass hier der Bedarf nicht zu 102 % abgedeckt ist, sondern vielleicht zu maximal 45 oder 50 %. Ich kann Ihnen gerne eine Berechnung zuschicken, die ich zu diesem Thema erstellt habe. Ich habe sie auch schon anderen zugeschickt, unter anderem dem NDR und der dpa, weil sie immer mal wieder reißerisch berichten, Niedersachsen würde 102 % seines Bedarfs decken. Mal ganz davon abgesehen, dass man einen Strombedarf nicht zu 102 % decken kann, weil man nur einen Bedarf von 100 % hat!

Von daher muss man die ganze Rechnung auf den Bedarf und nicht auf die Fläche abstellen. Diese ganze Flächengeschichte muss eingestellt werden. Das habe ich Ihnen dargestellt. Sie von der Landesregierung sind auch im Bundesrat vertreten. Auch er kann in die Gesetzgebung eingreifen. Sie haben auch andere Möglichkeiten. Wir sind schließlich in einer Demokratie. Da kann es nicht sein, dass es immer nur von oben nach unten funktioniert und alle immer nur sagen müssen: Mir sind die Hände gebunden, ich kann nichts machen. - Nein, das kann es nicht sein!

² Die Quellenangaben sind zusätzlich am Ende der Aussprache wiedergegeben.

Auch ich als Bürger muss die Möglichkeit haben, zu sagen: Liebe Leute da oben, ihr habt gerade einen Denkfehler! Guckt euch das mal an!

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD): Das ist der Grund, warum Sie heute hier sind. Sie als Bürger haben sich mit einer Petition an den Landtag gewandt. Damit haben Sie die Möglichkeit, in die Politik mit eingreifen zu können, und es kommt zu Veränderungen, wenn die Politik das zulässt.

Abg. **Thordies Hanisch** (SPD): Vielen Dank für die Ausführungen.

Herr Buhlert, ich habe eine Nachfrage zu den Szenarien, die von der Bundesregierung verwendet werden. Darin sind unterschiedliche Energieformen berücksichtigt, auch die Geothermie und zusätzliche Speicher spielen eine Rolle.

Außerdem ist zu sehen, Herr Lang, dass der Netzausbau ein stetiger Prozess ist. Sie berichteten, dass Avacon von acht bis zwölf Jahren gesprochen hat. Ja, aber Netzteile gehen fortlaufend in Betrieb. Das ist also kein Prozess, der in acht bis zwölf Jahren auf einmal durchgeführt und abgeschlossen wird.

In der Präsentation wurde mehrfach betont, dass es bereits genügend Windkraftanlagen gebe, verbunden mit der Vorstellung, irgendwann seien Netze und Speicher usw. auf die selbst produzierte Strommenge ausgelegt. Herr Buhlert, können Sie erläutern, inwieweit wir damit rechnen können, dass wir in Deutschland unseren gesamten Energiebedarf durch die installierte Wind-, PV- und weiteren Erneuerbarenanlagen decken können? Wird Deutschland es am Ende des Windkraft- und Netzausbaus schaffen, komplett energieunabhängig zu sein? Oder wird es auch dann einen Gap zwischen Bedarf und eigener Erzeugung, also den hier bestehenden Erneuerbarenanlagen, geben?

MR **Dr. Buhlert** (MU): In allen mir bekannten Szenarien wird davon ausgegangen, dass Deutschland auch beim maximalen Ausbau der erneuerbaren Energien - inklusive Biogas, Geothermie und den weiteren Dingen, die jetzt beispielsweise bei der Wärmeplanung berücksichtigt werden - Energie importieren muss. Deshalb wird zum Beispiel Wilhelmshaven als Energy-Hub ausgebaut, der Wasserstoff-ready ist, über den aber auch der Import anderer grüner Energieträger wie Ammoniak oder grünes Methanol möglich sein soll.

Der Umfang dieser Importe schwankt von Szenario zu Szenario. Es gibt eine ganze Reihe von Szenarien, die ja auch dem Monitoringbericht zugrunde liegen, und mit denen auch wir in der Landesregierung arbeiten. Derzeit diskutieren wir wieder einmal mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Energie-Forschungszentrums Niedersachsen (EFZN) über die Szenarien und den zugrunde liegenden Situationen. Auf dieser Grundlage kann man die jeweiligen Energiebedarfe ermitteln.

Natürlich gibt es eine Korrelation zwischen Flächen und Leistung. Wenn man weiß, in welcher Dichte die Windenergieanlagen errichtet werden können, ergeben sich Flächenwerte. Als das WindBG 2022 verabschiedet worden ist, lagen den Berechnungen natürlich Anlagen mit 5 bis 6 MW zugrunde. Wir wissen, dass 7-MW-Anlagen kommen. Insofern ist auch das in die Flächenausweisungen eingeflossen. Bei diesen Vorgaben des Bundes wurde und bei den Ausweisungen vor Ort wird berücksichtigt, was in welcher Region möglich ist.

Es gibt also kein Szenario, das ohne Energieimporte auskommt. Ebenso gibt es kein Szenario ohne europäisches Verbundnetz, über das Deutschland und Niedersachsen Strom exportieren und importieren. Übrigens, wenn von hier zu günstigen Preisen Strom exportiert wird, gelten diese günstigen Preise auch hier. Zu anderen Zeiten wird Strom nach Deutschland importiert. Das läuft über den europäischen Energiebinnenmarkt. Zur Wahrheit gehört also: Niedersachsen ist nicht autark und will es auch gar nicht sein. Ziel ist die Sicherheit des Verbundes.

Abg. **Sina Maria Beckmann** (GRÜNE): Auch von mir vielen Dank, Herr Lang, für Ihre Petition und auch dafür, dass Sie heute hier sind und uns diese mit der Präsentation vorgestellt haben.

Sie haben eine Landkarte von Deutschland gezeigt und festgestellt, dass in Niedersachsen bereits sehr viele erneuerbare Energien zur Verfügung stehen. Sie fragten, warum das so viel ist, insbesondere so viel Windkraft. Gerade letzteres ist aus meiner Sicht ziemlich klar: Hier gibt es viel Wind. Vielleicht freut Sie das nicht so; ich finde es ziemlich gut. Das ist ein Grund, warum es gerade in Schleswig-Holstein und hier einen solchen Hotspot der Windenergie gibt.

Ich greife die Aussage von Herrn Buhler auf: Der Energieverbrauch und das Managen der Energie endet weder an den niedersächsischen noch an den deutschen Grenzen. Deshalb sind wir europäisch vernetzt. Dass das genau so gemacht wird, finde ich ziemlich wichtig. Daraus ergibt sich meine erste Frage an Sie: Wie würden Sie all das managen, wenn es diesen Verbund nicht gäbe?

Zweitens. Sie haben die Annahme in den Raum gestellt, das Repowering reiche aus. In Ihrer Berechnung kommen Sie auf eine deutlich geringere Zahl von Windkraftanlagen als heute, weil die Strommenge von den repowerten Anlage ausreiche. Ich kann mir vorstellen, dass Sie das auf die Strommengen beziehen, die jetzt erzeugt werden. Schaut man sich aber die erhöhten Strombedarfe an - über die Szenarien hatten wir schon gesprochen -, die sich zum Beispiel durch die Elektromobilität und die Nutzung von Wärmepumpen ergeben werden, ergibt sich meiner Meinung nach ein anderes Bild.

Ein Elektroauto verbraucht rund 18 bis 20 kWh/100 km. Wenn der deutsche Straßenverkehr irgendwann durchweg elektrifiziert ist - jetzt sind Benzin- und Dieselantriebe noch weit verbreitet -, werden größenordnungsmäßig 2 200 kWh pro Auto und Jahr benötigt. Rechnet man das hoch, ergeben sich 97 TWh je Jahr. Es werden also 20 % mehr Strom als heute benötigt.

Ferner ist die Wärmewende zu sehen, also der Einsatz von Wärmepumpen und Strom. Ich will das jetzt nicht hier im Einzelnen rechnerisch herleiten. Das Ergebnis ist, dass im Vergleich zu heute 40 bis 50 % mehr Strom benötigt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen frage auch ich: Wie kommen Sie darauf, dass der mit den bestehenden und geplanten Anlagen produzierte Strom ausreichen würde? Ich meine, dass das nicht der Fall ist.

Drittens. Sie hatten errechnet, dass maximal 62,5 % des Strombedarfs durch Erneuerbare gedeckt werden könnten. Warum meinen Sie, dass damit eine Kapazitätsgrenze erreicht ist? Mein Verständnis ist, dass umso mehr Strom aus Wind erzeugt werden kann, je mehr Windkraftanlagen zur Verfügung stehen.

Thomas Lang (Petent): Eine 7-MW-Windkraftanlage leistet bei Wind 7 MW. Und wenn kein Wind weht, sind es 0 MW. Wären bei Wind aber zum Beispiel nur 5 MW erforderlich, dann könnte der mit den restlichen 2 MW erzeugte Strom aber nicht gespeichert werden. Deshalb werden in solchen Fällen die Rotorblätter gedreht, damit sich die Anlage langsamer dreht, oder der restliche Strom wird ans Ausland abgegeben - zum Teil müssen wir dafür sogar zahlen.

Wir sind an einer Grenze angekommen, dass mit der Windkraft so viel Strom erzeugt wird, dass wir selbst ihn nicht verbrauchen können.

Sie sprachen den steigenden Strombedarf durch den stärkeren Einsatz von Elektroautos und Wärmepumpen - für Wärme finde ich Geothermie besser; aber das ist jetzt egal - an. Dieser Bedarf nimmt nicht von heute auf morgen zu, sondern baut sich mit der Zeit auf. Parallel zu diesem steigenden Bedarf steigt auch die Leistungsfähigkeit der Windkraftanlagen. Auch sie werden sicherlich fortlaufend repowert, denn nach 20 Jahren läuft die Förderung aus, und die Betreiber sind an dieser Förderung interessiert. Somit steigt die Leistungsfähigkeit der Anlagen mit dem Strombedarf, und auch in Zukunft werden die Windkraftanlagen so viel Strom liefern, wie sie nun einmal leisten können. Die Windkraft kann nur diese 28,5 % des Bedarfs pro Jahr schaffen, wobei sich das auch noch mit der Sonneneinstrahlung überlappt; in diesen Zeiten müssen Anlagen abgeregelt werden, damit nicht noch mehr nicht benötigter Strom produziert wird.

Es geht immer um die Frage, wie viel Strom Deutschland selbst benötigt. Auch im Ausland stehen Windkraft- und PV-Anlagen. Und wenn dort der Wind weht, weht er auch hier.

(Widerspruch)

- Natürlich! Es gibt Grafiken zum Windaufkommen in den europäischen Staaten; ich kenne sie von 15 Staaten. Legt man diese Grafiken übereinander, liegen die Zacken an denselben Stellen, aber im Endeffekt mit höheren Ausschlägen, weil mehr Strom erzeugt wird. Diese Grafik kann ich Ihnen gerne zusenden. Es ist also nicht in der Regel so, dass mal hier Wind weht und dort nicht, sodass sich Wind und Flaute zwischen den Regionen ausgleichen.

Wie gesagt, wir müssen auf unseren eigenen Bedarf schauen; dazu hatten auch Sie Berechnungen vorgetragen. Aus der Windkraft wird alles herausgeholt. Wir müssen weitere Möglichkeiten erschließen. Die PV kann weiter ausgebaut werden; denn wir haben erst 45 GW und haben also noch nicht den durchschnittlichen täglichen Bedarf von 59 GWh je Stunde erreicht; man könnte als Ziel auch die 75 GWh je Stunde, die Spitzenlast, als Ausbauziel heranziehen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir mehr Energie gewinnen können. Kann man vielleicht etwas mit den Tidenströmen machen? Aber auch dann käme der Strom aus dem Norden. Oder, oder, oder.

Sie hatten zuerst den Leitungsausbau angesprochen. Die Leitungen in den Süden müssen gebaut werden, damit uns die südlichen Bundesländer unseren Strom abnehmen. Es nützt ja nichts, wenn Strom aus hiesigen Anlagen nach Polen geliefert wird - im Zweifelsfall zahlen wir sogar dafür, dass Polen uns den Strom abnimmt -, von wo aus er über Tschechien nach Bayern weitergeleitet wird. Damit ist niemandem geholfen. Wir müssen unsere eigenen Leitungen durchs Land haben. Solange die nicht in Betrieb sind, macht es keinen Sinn, hier im Norden weitere Windkraftanlagen zu errichten.

Abg. **Jan Bauer** (CDU): Sie haben die Wichtigkeit des Petitionsausschusses herausgestrichen, Herr Vorsitzender. Er ist der wichtigste Ausschuss im Niedersächsischen Landtag; das möchte ich betonen.

Herr Lang, Herr Dr. Buhlert, eine kurze Frage: Wie viel Prozent der in Niedersachsen vorhandenen Windkraftstandorte eignen sich für das Repowering? Gibt es dazu eine ungefähre Angabe?

Thomas Lang (Petent): Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich war kürzlich bei einer Veranstaltung eines Projektierers, der erläutert hat, was mit Repowering möglich ist. Es gibt durchaus Flächen, auf denen nicht mehr als bisher gemacht werden darf. Er hat aber auch von Flächen gesprochen, auf denen anfangs vier kleinere Anlagen standen, auf denen er dann aber sieben größere Anlagen errichten konnte. Es kommt auch auf die bereits vorhandenen Leitungen an. Es ist zu klären, inwiefern sie verstärkt werden müssen und inwieweit das betreffende Umspannwerk ausgebaut werden muss. Aber es ist immer noch besser, die Leitungen zu verstärken und das Umspannwerk zu vergrößern, als irgendwo etwas neu aus dem Boden zu stampfen und damit bislang von Windkraftanlagen unberührte Flächen und Wälder zu zerstören.

MR **Dr. Buhlert** (MU): Ich kann diese Frage nicht gleich beantworten. Ich kann aber berichten: Vor einigen Jahren haben wir eine Repoweringstudie erstellt. Diese stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Einige Standorte können aufgrund von Umwelt- und Naturschutzregelungen nicht für ein Repowering genutzt werden; diese fallen weg. An nicht repowerbaren Standorten können aber bestehende Anlagen weiterbetrieben werden.

Abg. **Christian Frölich** (CDU): Herr Lang, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Das ist ein für Sie emotionales Thema; das kann ich gut verstehen.

Ich bin froh, dass die Bundesregierung die gesamte Energiewende auf den Prüfstand stellt und gerade vor dem Hintergrund der Wettbewerbsfähigkeit hinterfragt.

Ich möchte an das Thema der Standorte anschließen und frage die Landesregierung, inwieweit das Repowering bei der Formulierung der Flächenziele berücksichtigt wurde. Derzeit beschäftigen sich alle betroffenen Kommunen mit der Ausweisung der Vorrangflächen. Bis 2027 sollen 1,7 % der Landesfläche ausgewiesen werden, bis 2032 sollen es 2,2 % sein. Wäre es angesichts des zurzeit ausgesprochen dynamischen Prozesses sinnvoller, dass die Kommunen bei dieser Ausweisung die Flächenziele vorerst nur das 1,7%-Ziel erfüllen und vor der Ausweisung der weiteren 0,5 % das Ergebnis dieser Prüfung auf der Bundesebene abwarten? Außerdem kann dann eher ermessen werden, was über Repowering und was über zusätzliche Batteriespeicher erreicht werden kann. Das vermisse ich an der Stelle etwas.

MR **Dr. Buhlert** (MU): Die Landesregierung nimmt aktiv an den dazu auf der Bundesebene geführten Diskussionen teil und hat sich eingebracht. Auch sie macht sich Sorgen um die Strompreise, um die Ausbauziele und um genügend Ausbau. Mir ist bewusst, dass wir hier auf höhere Strombedarfe und höhere Ausbauziele setzen. Außerdem ist das NWindG so ausgelegt, dass die Landkreise und Kommunen souverän entscheiden, an welchen Zielen sie sich orientieren, welche Flächen sie ausweisen und ob sie in einem Schritt oder in zwei Schritten ausweisen.

Wenn man sich vor Augen hält, welchen Aufwand die Kommunen für diese Planungsverfahren betreiben, ist es gut, ihnen nicht in die kommunale Selbstverwaltung reinzugrätschen, sondern es sie so machen zu lassen, wie sie jetzt ihre Flächen ausweisen. Die Kommunen befinden sich

in einem Prozess. Diesen jetzt zu stoppen, um ihn dann wiederaufzunehmen, würde im Zweifelsfall nur dazu führen, dass die Folgen, die im WindBG des Bundes festgelegt sind, wohl in einigen Fällen eintreten würden. Dann ergäbe sich dort kein geplanter Ausbau der Windenergie, sondern ein ungeplanter. Das will die Landesregierung auf jeden Fall nicht, und das können auch andere eigentlich nicht wollen.

Abg. Annette Schütze (SPD): Wir alle können nicht die Zukunft vorhersagen. Trotzdem gehört es zu den Aufgaben von uns Abgeordneten, des Landtags und der Landesregierung, für die Bürgerinnen und Bürger zu sorgen - in dem Fall, dafür zu sorgen, dass immer ausreichend Strom vorhanden ist. Ich kann mich gut an den Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erinnern, wie sorgenvoll wir auf den Winter geschaut haben, dass wir warme Wohnungen haben. Insofern ist dieses Thema, dass Bürgerinnen und Bürger immer ausreichend Strom und Wärme haben, auch für den Landtag extrem wichtig.

Herr Lang, welche Annahmen haben Sie getroffen - und auf welcher Basis beruhen sie? -, dass Sie uns heute sagen, dass wir heute und auch in Zukunft zu viel Strom produzieren werden, so dass wir keine weiteren Windkraftanlagen benötigen? Ich sehe mich außerstande, dies zu wissen. Ich weiß nur, dass der Strombedarf in Zeiten, in denen wir nach Möglichkeit keine nicht-regenerativen Energien mehr nutzen wollen, steigen wird. Woher stammt also Ihre Annahme?

Thomas Lang (Petent): Ich habe Ihnen ja bereits die Eckwerte der McKinsey-Studie vorgestellt, mit der man eine Größenordnung hat, an der man sich in Zukunft orientieren kann. Aber mein Ziel ist es ja auch nicht, die Stromversorgung als Ganzes zu debattieren. Ich habe nichts mit Photovoltaik zu tun, ich habe nichts mit Bioenergie und auch nichts mit Wasserkraftwerken zu tun. Ich spreche nur über die Windenergie. Und ich habe festgestellt, dass bereits jetzt mit den bestehenden Anlagen mehr Strom produziert wird, als hier verbraucht werden kann, also zu viel. Daher macht es keinen Sinn, weitere Windkraftanlagen zu errichten. Das ist die Aussage meiner Petition, darum geht es mir.

Wenn Sie Bedenken wegen des Angriffskriegs haben, dann denken Sie bitte daran, dass wir damals den Gashahn zuge dreht haben - oder er uns zuge dreht wurde, je nach dem, wie man das auslegen möchte. Damals standen uns Speicher mit Gas für zwei bis drei Monate zur Verfügung. In dieser Zeit konnte überlegt werden, woher man das Gas bezieht. Hätte es damals diesen Speicher nicht gegeben - oder wenn es sich um Strom gehandelt hätte -, dann hätte man von heute auf morgen kein Licht, keine Wärme, keine Energie für anderes mehr gehabt. Dann wäre der Schalter umgelegt worden, und alles wäre weg gewesen.

Wir müssen zusehen, dass Strom in den entsprechenden Mengen gespeichert werden kann, damit wir von einer sicheren Energieversorgung sprechen können. Und insofern ist Windkraft keine sichere, sondern eine unvorhersehbare Energie, die wir glücklicherweise nutzen können. Aber sie ist nicht immer vorhanden. Im Grunde müssen wir uns um Energieformen kümmern, die dauerhaft verfügbar sind, beispielsweise Wasserkraft, Bioenergie und vielleicht auch Geothermie. Gerade letztere macht Sinn, weil rund 50 % unseres Energiebedarfs im Wärmebereich anfallen. Wir müssen uns also um mehr Energieformen kümmern, die nicht wetterabhängig sind.

MR Dr. Buhlert (MU): Ich möchte noch einen Punkt anführen, weil ich viel über den Stromnetzausbau gesprochen habe, aber wenig über den Speicherausbau und über Flexibilitäten. Der Stromverbrauch kann auch in Zeiten gelenkt werden, in denen der Wind weht und die Sonne

intensiv scheint. Biogas kann gespeichert und dann verstromt werden, wenn Strom aus Wind und Sonne nicht zur Verfügung steht. Wir arbeiten daran - das ist mit den niedersächsischen Kavernen möglich -, Wasserstoff zu speichern. Hierfür wurden Pilotprojekte in Krummhörn und Etzel durchgeführt. Irgendwann wird Wasserstoff in erheblichen Mengen zur Verfügung stehen, sodass die Versorgungssicherheit, die gefragt ist, durch die Rückverstromung von Wasserstoff in den Zeiten ohne Wind- und Solarstrom sichergestellt werden kann.

Es gilt also, ein Gesamtsystem zu betrachten. Dieses Gesamtsystem braucht genügend Einspeisung durch Windkraft und Solarenergie, die wir dann gewinnen, wenn sie zur Verfügung stehen.

*

Quellenverzeichnis aus dem Handout zum Vortrag:

Studie von McKinsey 01/2025

https://www.mckinsey.de/~media/mckinsey/locations/europe%20and%20middle%20east/deutschland/news/presse/2025/2025-01-20%20zukunftsbedarf%20stromnachfrage/mckinsey_zukunftspfad%20stromnachfrage_januar%202025.pdf

Verbrauch 2024 - 512 TWh

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/256942/umfrage/bruttostromverbrauch-in-deutschland/>

Anzahl installierter Anlagen und in Planung befindliche

<https://www.marktstammdatenregister.de/MaStR/Einheit/Einheiten/OeffentlicheEinheitenuebersicht>

https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/06-zahlen-und-fakten/20250115_Status_des_Windenergieausbaus_an_Land_Jahr_2024.pdf

https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oeffentlich/themen/06-zahlen-und-fakten/20250204_Status_des_Offshore_Windenergieausbaus_Jahr_2024.pdf

Wasserkraft und Bioenergie

<https://www.wasserkraft-deutschland.de/wasserkraft/wasserkraft-in-zahlen.html>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/468779/umfrage/installierte-leistung-der-bioenergieanlagen-nach-laendern/>

Sonnenstunden

<https://soly-energy.de/wissensbasis/sonnenstunden-deutschland/>

<https://wetterkanal.kachelmannwetter.com/sonnenscheindauer-in-deutschland-seit-1951/>

Windstunden

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/224720/umfrage/wind-volllaststunden-nach-standorten-fuer-wea/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Volllaststunde>

Tages- und Nachtwerte des Verbrauchs

https://www.agora-energiewende.de/daten-tools/agorameter/live/chart/power_generation/21.09.2025/24.09.2025/hourly

Pumpspeicher

<https://de.wikipedia.org/wiki/Pumpspeicherkraftwerk>

Batteriespeicher

<https://www.mvv.de/photovoltaik/ratgeber/anzahl-und-kapazitaet-von-batteriespeichern-steigt-deutlich-an>

https://www.energy-charts.info/charts/installed_power/chart.html?l=de&c=DE&legendItems=e33c

Redispatchmaßnahmen

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/916903/umfrage/volumen-redispatchmassnahmen-im-deutschen-uebertragungsnetz/>

20 Milliarden EEG-Topf plus Steuern

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/haushaltskrise-lindner-muss-habeck-87-milliarden-euro-ueberweisen/100047653.html>

457 Stunden plus 62 geschenkt

<https://www.bhkw-infozentrum.de/wirtschaftlichkeit-bhkw-kwk/negative-strompreise-fakten-und-statistiken.html>

Tagesordnungspunkt 2:

Besprechung von Verfahrensfragen

Eingabe 01300/89/19

Betr. Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** bespricht Verfahrensfragen zu der Eingabe, die das Quorum für eine öffentliche Anhörung erreicht hat. Er nimmt nach kurzer Aussprache die öffentliche Anhörung für den 5. oder den 26. November 2025 - jeweils um 12 Uhr - in Aussicht. Ferner kommt er überein, den Mitgliedern der Ausschüsse für Inneres und Sport sowie für Rechts- und Verfassungsfragen die Teilnahme an der Sitzung anheimzustellen und ihnen gemäß § 94 Abs. 2 GO LT ein Rede- und Fragerecht einzuräumen.
